


30.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2147903912016243>

 Pressemitteilung • Iris Rath • 04.06.21

[Eine neue Allianz gegen rechts:](#)

[Zivilgesellschaftliche Organisationen warnen vor AfD-Stiftung](#)

Gut, dass unsere Gewerkschaft und der DGB hier im Boot sind!

30.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2134019593404675>


 Pfändungstabelle • 01.07.21

[Pfändungstabelle 2021 bis 2023 nach § 850c ZPO mit Pfändungsrechner](#)

Hinweis: Die Pfändungsfreigrenze steigt morgen um knapp 75 €. Sie liegt dann bei 1.252,64 €/Monat für einen Single-Haushalt.

30.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2147819218691379>

 Pressemitteilung • Christine Volk • 06.21

[KfW-Gründungsmonitor:](#)

[Zahl der Gründungen fällt im Corona-Jahr auf 537.000](#)

Bemerkenswert am diesjährigen KfW-Gründungsmonitor ist vor allem die qualitative Aussage: Betroffen vom Rückgang um gut ein Zehntel sind vor allem die (männlichen) „Notgründungen“. Der Anteil der „Chancengründungen“ hingegen stieg gegenüber dem Vorjahr um knapp ein Zehntel auf rund 80 % (bzw. 428.000) aller Gründungen. – Der Rückgang in absoluten Zahlen ist also nicht unbedingt eine schlechte Nachricht.

Schlecht hingegen ist offensichtlich die Stimmung. Hier berichtet der Monitor für das letzte Jahr eine miese Beurteilung der Politik und der Rahmenbedingungen und mutmaßt (richtig): „Bei dieser Bewertung dürften die Eindrücke des Corona-Krisenmanagements, mit dem viele Selbstständige unzufrieden sind, eine große Bedeutung haben. ... Das harte Urteil der Gründerinnen und Gründer über die Rahmenbedingungen könnte auch Ausdruck ihres Ärgers über die (meist negativen) geschäftlichen Krisenauswirkungen sein.“

30.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2147796272027007>

 Corona-Folgen • Susanne Schier • 29.06.21

[Angst vor Altersarmut unter Selbstständigen ist hoch – viele befürworten Vorsorgepflicht](#)

Dass die Versicherungswirtschaft auf die Idee einer beliebigen Vorsorge einsteigt, ist wenig erstaunlich. – Unser Ziel bleibt eine Erwerbstätigenversicherung, die gesamtgesellschaftlich und nicht privatwirtschaftlich organisiert wird.

Wir wollen eine einkommensbezogene, solidarischen Altersvorsorge, die wech-

selnde Lebenslagen berücksichtigt, generationengerecht ist und an der sich alle Erwerbstätigen beteiligen. – Egal ob sie derzeit gerade selbstständig, abhängig, als Politiker*in oder Beamt*in unterwegs sind.

(Siehe auch unsere Informationen und [Position zur Altersvorsorge](#))

29.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2147163398756961>

iga Report 46 • Thomas Fietz und Pia Wilhelm • 06.21

Selbst und ständig?

Die *Initiative Gesundheit und Arbeit* (iga), eine Initiative gesetzlicher Kranken- und Unfallversicherungen, hat sich für ihren [neuesten Report](#) die Belastungen Solo-selbstständiger näher angeschaut. Eingeflossen sind die Ergebnisse einer Umfrage aus dem Frühjahr 2020, womit die Studie eher „normale“ Zeiten abbildet.

Entsprechend decken sich die wesentlichen Erkenntnisse mit der ersten deutschen [Studie](#) zum Thema, die wir Anfang des Jahrtausends gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin erstellt hatten. Etwa die Erkenntnis zum Haupteffekt einer selbstbestimmten Arbeit: „Insgesamt nehmen Solo-selbstständige ihre Tätigkeit, trotz der vergleichsweise hohen Arbeitsbelastung, überwiegend nicht als belastend wahr.“

29.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2146788802127754> Bezirk Köln-Bonn-Leverkusen • 30.06.21

Solo-Selbstständige und die Bundestagswahl

Die ver.di-Selbstständigen im Bezirk Köln-Bonn-Leverkusen diskutieren morgen ab 19 Uhr mit ihren Direktkandidat*innen für die Bundestagswahl über unsere Themen.



Die Teilnahmedaten (Webex) findet ihr auf der verlinkten Seite.

In der *AustauschBar* sind diesmal online zu Gast:

- Matthias W. Birkwald, Kandidat der Linken in Köln, parlamentarischer Geschäftsführer und rentenpolitischer Sprecher seiner Fraktion im Bundestag
- Lisa-Marie Friede, Kandidatin der Grünen in Köln
- Jessica Rosenthal, SPD-Kandidatin in Bonn, Juso-Bundesvorsitzende
- Katja Stoppenbrink, SPD-Kandidatin in Rhein-Sieg

28.06.21

<https://www.facebook.com/gSelbststaendige/posts/2146017245538243>

 Pressemitteilung Nr. N 041 • 24.06.21

[Anteil von Menschen im Rentenalter, die erwerbstätig sind, hat sich binnen 10 Jahren verdoppelt](#)

„Besonders Selbstständige üben ihren Beruf häufig jenseits eines Alters von 65 Jahren aus.“ – mit 37 % lag ihr Anteil im Vor-Corona-Jahr 2019 fast viermal so hoch wie der bei allen Erwerbstätigen. Langfristig erwartet das Statistische Bundesamt eine Abnahme der Erwerbstätigen. Insbesondere liegen weitere Informationen zu [„Erwerbstätigkeit älterer Menschen“](#) vor.

26.06.21

<https://www.facebook.com/groups/492583590910993/posts/1916966301806041/>

 NRW • Frank Weiffen • 24.06.21

[Musikschule Leverkusen](#)

[Nach langem Ringen: Honorarkräfte erhalten Festverträge](#)

(kzi) Ich freue mich sehr für Gamelan Java, was für ein Riesenerfolg für die Honorarkräfte in der Musikschule Leverkusen! Endlich hat die Kämpferei Erfolg gezeigt!


(*Gamelan Java*) Leverkusen hat es geschafft! Die Städt. Musikschule gehört ab 1. Juli 2021 zu den Top-Musikschulstandorten in NRW. Das sowohl mit Blick auf die Ausgestaltung der künftigen TVöD-Arbeitsverträge (ohne toxische Flexi-Klausel), als auch auf die freie Wahl der Mitarbeiter*innen in Bezug auf ihr Beschäftigungsverhältnis (Festanstellung im TVöD oder lieber freiwillig gewählter Verbleib in der Honorarbeschäftigung, dann aber mit einem gleichwertigen Honorar nach TVöD).

Für diese idealen Voraussetzungen gesorgt hat ein gesprächsbereites Netzwerk von ver.di (Arbeitnehmer-), Arbeitgebervertretung (Schul- und Verwaltungsleitung) und allen voran aber unglaublich engagierten Kommunalpolitiker*innen, denen es ein besonderes Anliegen war unsere Musikschule möglichst zukunftssicher aufzustellen.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle noch einmal dem 1. Bürgermeister Bernhard Marewski, CDU Leverkusen, sowie den Kulturpolitiker*innen Ariane Koepke, SPD-Fraktion Leverkusen und Georg Thomanek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Leverkusen.

Der musikalische Bildungsstandort Leverkusen erfüllt jetzt uneingeschränkt alle Qualitätskriterien für die im Kultugesetzbuch NRW festgeschriebenen Förderkriterien von Musikschulen.

26.06.21


 NRW • Kathys Podcast • 23.06.21

Rückzahlungsforderung NRW sorgt für Angst und Wut

(kzi) Die Aufforderung, die Corona-Soforthilfe abzurechnen ist raus. Bis 31.10. soll der Liquiditätsengpass beziffert sein. [Merle erzählt im Podcast](#), wie sie das finanziell in Schwierigkeiten bringt. Sie hat sich an den ver.di-Rechtsschutz gewandt. Das sollten am besten alle machen, die in derselben Situation sind. Ziel: ver.di-NRW soll auch politisch aktiv werden.

Betroffene ver.di-Mitglieder können sich bei [Frank Bethke \(ver.di\)](#) melden. Er ist im ver.di-Landesbezirk NRW zuständig für Solo-Selbstständige.

25.06.21

 E&W 06/2021 • Bundestagswahl 2021 • Matthias Holland-Letz • 23.06.21

Kein Unterricht, kein Honorar (S.26)

Viele Lehrkräfte in der Weiterbildung sind prekär beschäftigt. Aufgabe der nächsten Bundesregierung ist es, die Einkommen und Arbeitsbedingungen dieser Beschäftigten zu verbessern.

(woi) In der GEW-Mitgliederzeitschrift [E&W 06/2021](#) setzt die GEW ihre Bundestagswahl-Maßstäbe: „Kein Unterricht, kein Honorar“ prangert das übliche Vorgehen an VHS und anderen Bildungsträgern an, bei persönlich unverschuldetem Unterrichtsausfall keine (Ausgleich-)Honorare, etwa entlang dem Kurzarbeitergeld, zu bezahlen. Interessant ist die Aufzählung der möglichen Träger von Weiterbildung – auch die „gewerkschaftseigenen Bildungswerke“ werden erwähnt.

Die GEW nennt neben der Forderung nach Festanstellung auch konkrete (bekannte) Zahlen für selbstständige Honorarlehrkräfte. U.A. wird neben der weiter ausgebauten beruflichen Weiterbildung, auch der stärkere Ausbau der Politischen Bildung als gesellschaftliche Aufgabe in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche gefordert. Diese Aufgabe ist ein ur-gewerkschaftliche!

„Die GEW setzt sich dafür ein, dass die NWS [Nationale Weiterbildungsstrategie] um das Thema politische Bildung erweitert wird. Zentrale Anliegen sind Mündigkeit, Solidarität, Selbstbestimmung, Diversitätsbewusstsein und die Wahrung des Rechts der Andersdenkenden. Dazu erforderlich sind qualifiziertes Personal, ständige Fortbildung und Kooperation. Außerdem tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse und verlässliche Förderung.“ [E&W 06/2021, S. 27]

25.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2131687986971169>


1006. Sitzung • Plenum • Tagesordnungen und Termine • 25.06.21

Statusfeststellungsverfahren / KSK Hinzuverdienstgrenzen

Der Bundesrat will heute ([siehe TOP 2](#)) über das *Barrierefreiheitsgesetz* entscheiden. – Stimmt er wie erwartet zu, gelten beim Statusfeststellungsverfahren ab April 2022 leicht veränderte Bedingungen. Zudem wird den über die Künstler-sozialkasse (KSK) Versicherten erlaubt, im zweiten Halbjahr 2021 monatlich bis zu

1.300 € mit einer nicht ksk-fähigen Selbstständigkeit hinzuzuverdienen. Ohne diese Sonderregelung ist die KSK gezwungen, die Krankenversicherung über die KSK zu beenden, sobald der Gewinn aus einer „ksk-fremden“ Selbstständigkeit 450 €/Monat übersteigt.

Die entsprechenden Passagen in der [Erörterung unter II. Zum Gang der Beratung, Seite 2, Absatz 3 und 4.](#)

19.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2137352853071349> Georg Restle • 17.06.21

Corona-Pandemie: Wer zahlt für die Krise?

Monitor berichtet diese Woche über Gewinner und Verlierer der Krise. Ein Beitrag (auch) über die unterschiedlichen Hilfen für kleine Unternehmen und Konzerne – sehenswert!

18.06.21


<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2137327503073884> Gig Economy • Stephanie Höpner • 17.06.21

Genossenschaften: Faire Jobs für Fahrradkuriere

Die DW stellt die Alternative Genossenschaft am Beispiel Khora vor.

„Man hat die Genossenschaft gewählt, weil die Selbstbestimmung für die Fahrer wichtig ist“, berichtet einer von ihnen. – Und nebenbei wird auch das besondere Modell der [SMART eG](#) erläutert, die den Zugang zu den gesetzlichen Sozialversicherungen zu den Konditionen abhängig Beschäftigter ermöglicht.

10.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2130956453710989> Deutscher Bundestag • 10.06.21

Fachgespräch zu den Covid-19-Folgen für verschiedene Branchen

Um die Situation in Kultur, Einzelhandel, Gastronomie und den Innenstädten geht es heute im Gesundheitsausschuss. – Das Fachgespräch des Begleitgremiums zur Pandemie ist öffentlich und wird ab 13:30 Uhr live übertragen.

Eingeladen sind neben ver.di zum 90-minütigen Gespräch: Der Deutsche Kulturrat, die Clubcommission Berlin, der Hotel- und Gaststätten- sowie der Handelsverband, das DIW und Vertreter*innen aus Kreisen und Kommunen.

09.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2130460160427285> Wirtschaft • Soziales • Debatte über Alterssicherung • mmq/dpa/AFP • 09.06.21

Debatte über Rente mit 68 Hubertus Heil will Selbstständige in Rentenkasse holen

Arg zugespitzt (oder schon tendenziös?) berichtet *Spiegel online* hier über das heutige Heil-Interview im Morgenmagazin.

Im Titel, im Anreißer „Heil will mit Beiträgen von Selbstständigen die Kasse aufbessern“ sowie im Lauftext insinuiert das Magazin, der Einbezug Selbstständiger in die gesetzliche Rentenversicherung sei eine zentrale Aussage im Interview gewesen. Tatsächlich ging es um alle Aspekte der neu aufgeflamnten Rentendebatte, die sogenannte Experten mit ihrer Meinung angestoßen hatten, statt Umverteilung sei langsam eine neue Rentenkürzung (qua Verlängerung der Lebensarbeitszeit) fällig.

Entsprechend hatte Heil ein wenig weiter ausgeholt. Das [komplette Interview](#) und damit den Zusammenhang findet ihr ab 2:10 min. – Dort geht es dann nach knapp 3 Minuten (ab 5:03 min) auch(!) kurz um die Erweiterung der Beitragsbasis und erst da kommt – quasi als Randbemerkung (ab 5:29 min) – die nicht gerade neue Überlegung und Aussage, dass es auch aus Gründen der Finanzierung einer gesamtgesellschaftlichen Alterssicherung sinnvoll ist, auch Selbstständige einzubeziehen ...

09.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2130309453775689> BMWi.de Gemeinsame Pressemitteilung • Wirtschaft • 09.06.21

[Bundesregierung verlängert Überbrückungshilfen bis September](#)

Der wichtigste Punkt für Solo-Selbstständige: Die Neustarthilfe wird bis zum 30. September verlängert und für diesen Zeitraum auf 1.500 €/Monat erhöht.

„Für den gesamten Förderzeitraum von Januar bis September 2021 können Soloselbstständige somit bis zu 12.000 Euro bekommen“, verkündet das Wirtschaftsministerium.

Die Verlängerung der Neustarthilfe hat Wirtschaftsminister Peter Altmaier heute in einem [Pressestatement](#) vorgestellt. Im Video startet der Part ab 18:20 min.

08.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2125564657583502> #AlarmstufeRot • #AlleLichtMachen • 22.06.21


[Night of Light 2021](#)



In zwei Wochen startet die zweite Runde der imposanten Aktion von #AlarmstufeRot:

Nicht nur Clubs, Theater, Denkmäler und andere Gebäude sollen in dieser Nacht in Rot erstrahlen. – Wer sich solidarieren will „setzt ein rotes Licht auf Euren Balkon, Garten oder vor die Haustür“.

07.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2128652847274683>
 Bundesregierung · Pandemie · Markus Decker · 06.06.21

Kultur trotz Corona

Kunst und Kultur müssen Milliardenverluste verkraften

Das nüchterne Fazit im gut 20-seitigen [Sachstandsbericht](#) der Abteilung *Wissenschaftliche Dienste* des Bundestags lautet (komplett):

„Die Kultur- und Kreativwirtschaft und damit die in diesen Bereichen tätigen Personen haben durch die Einschränkungen aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie signifikante finanzielle Verluste erlitten, die durch die sehr vielfältigen Förder- und Hilfsprogramme auf Bundes- und Landesebene nur ansatzweise kompensiert werden konnten.“

[Quelle: Wissenschaftliche Dienste, Dt. Bundestag, Sachstand, Auswirkungen der Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie auf das kulturelle Leben in Deutschland - Entwicklungen des Kultur- und Kreativsektors in den Jahren 2020-2021, S. 21, 7. Zusammenfassung, Abs. 1, Satz 1]

03.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2125576620915639>
 Berlin · Alexander Fröhlich · 02.06.21

Staatsanwaltschaft verbreitet „Angst und Schrecken“

Pop und Lederer kritisieren Ermittlungen zu Coronahilfen-Betrug

Der Berliner Senat ist (zu Recht) sauer. „Was läuft eigentlich bei der Staatsanwaltschaft, dass diese öffentlichen Ressourcen eingesetzt werden, um diese Verfahren zu betreiben?“, fragt sich etwa Kultursenator Lederer.


Die Staatsanwaltschaft, die über 2.000 Verfahren gegen jene betreibt, die die Soforthilfe schnell zurückgezahlt haben, kontert: Es gehe nicht darum, was politisch gewollt sei, sondern was die Strafprozessordnung vorsehe. – Sie tut also so, als zwingt sie eine höhere Macht einen Anfangsverdacht anzunehmen. Der aber beruht ja eben erst einmal allein auf deren eigenwilliger juristischer Interpretation

...

Das Ganze ist nicht nur deshalb befremdlich, weil die Staatsanwaltschaft hier agiert wie ein nicht selbstlernender Algorithmus, sondern auch, weil sie wohl damit rechnen darf, dass in fast 100 Prozent der Fälle kein Vorsatz oder leichtfertiges Verhalten vorliegen dürfte. – In anderen Bundesländern wird das dann wohl auch anders gesehen, daher mutmaßen wir und der *Tagesspiegel*: „Möglicherweise ist das Vorgehen der Berliner Staatsanwaltschaft dennoch ein Sonderfall. ‚In Berlin kommt einem das wie eine konzertierte Aktion vor. In anderen Bundesländern sind das nur Einzelfälle‘, sagte Veronika Mirschel, Leiterin des Referats Selbstständige ... der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di“.

[Dazu auch der Artikel der [Berliner-Zeitung](#) zum selben Thema.]

03.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2125576620915639> **Wirtschaft** • Iris Sayram • 02.06.21[Ermittlungen in Berlin](#)[Rückzahler von Corona-Hilfen geraten unter Betrugsverdacht](#)

Der RBB fasst die skurrile Situation in Berlin zusammen: „Dadurch, dass die Hilfe-Empfänger das Geld zurückgezahlt haben, haben sie kurioserweise selbst einen Betrugsverdacht auf sich gelenkt. Die wirklichen Kriminellen sind da wohl schlauer und hätten eigentlich eher einer genauere polizeiliche und staatsanwalt-schaftliche Überprüfung verdient.“

In der Abendschau am Samstag (05.06. ab 19:30 Uhr) wird das Thema noch einmal ausführlich behandelt und der eloquente Protagonist Holm Friebe über seine kafkaesken Begegnungen mit der Exekutive berichten.

02.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2124621651011136> **Christoph Schmitz** • 02.06.21[ver.di zu fragwürdigen Rückforderungen bei den Soforthilfen](#)

Christoph Schmitz, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, kritisiert fragwürdige Soforthilfe-Rückforderungen: „Aus unseren Beratungen wissen wir, dass viele dieser Rückforderungen mindestens fragwürdig sind. Die Bedingungen für Hilfszahlungen waren zum Teil unklar, unpräzise, sind im Nachhinein geändert oder uminterpretiert worden.“


01.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2124178491055452>**SZ** Senat - Berlin • dpa/bb • 01.06.21[Nach Soforthilfe-Rückzahlung Post vom Staatsanwalt](#)

Die dpa berichtet über die strafrechtlichen Ermittlungen zu den *zu schnell* zurückgezählten Corona-Hilfen in Berlin: Der Eindruck drängt sich auf, dass die Justiz hier erstens hohldreht und zweitens gezielt in Kauf (oder Angriff) nimmt, die Landespolitik vorzuführen. – Und die Betroffenen werden nebenbei quasi politische Gefangene, die ihre Zeit und Nerven mit dieser Auseinandersetzung verplempern müssen.

Der BBK beschreibt in seiner bescheidenen „(Laien-)Sicht“ genannten Analyse ziemlich exakt, welche unwürdige und lästige Posse die Justiz da gerade aufführt.

01.06.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2124165787723389> **Deutscher Kulturrat** (auf YouTube) • 01.06.21[Wie solidarisch ist unsere Gesellschaft in der Coronakrise?](#)

Ein gelungener Online-Talk von *JaAberUnd*. Dieses heutige Gespräch wird dem Anspruch tatsächlich gerecht, die wichtigen Debatten zu Politik & Kultur, die in



den nächsten Monaten und Jahren anstehen, in der notwendigen Tiefe anzureißen. – Die Grundfragen zur Solidarität, das wird sehr deutlich, weisen weit über die Kultur hinaus, hängen aber eben auch unmittelbar mit ihr zusammen.

Klar machen das im von Barbara Haack moderierten Gespräch: Shai Hoffmann (Social Entrepreneur / BookRappers), Alexandra Manske (Soziologin), Ulrich Schneider (Der Paritätische) und Olaf Zimmermann (Deutscher Kulturrat).

... das Große Rad

09.04.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2081243895348912>

SZ Sozialpolitik • Björn Finke • 08.04.21

Welche Menschen Corona-Hilfen bekommen - und welche nicht

Die SZ stellt die neueste Studie unseres europäischen Forschungsinstituts *Etui* vor: Eine vergleichende Analyse der Maßnahmen, die in den 27 EU-Staaten während der Pandemie ergriffen wurden – mit dem Fokus auf „Nicht-Standard-Arbeitnehmer*innen“ und Selbstständige. Zeitlich deckt sie den Zeitraum vom Beginn der Lockdown-Maßnahmen im März 2020 bis zum Jahresende 2020 ab.

Wer jetzt nicht die [gesamte englische Studie](#) (PDF 789,6 kB, 54 S.) durchhackern will: Die Zusammenfassung und Schlussfolgerungen finden sich ab Seite 45. Darin wird eine „breitere Reflexion über die sozialen Auswirkungen der Krise auf einige Erwerbsformen sowie auf die Sozialschutzsysteme“ gefordert, weil es dort europaweit besonders hapert. Die zentralen Befunde:

„Die Systeme der Arbeitslosenunterstützung bleiben die am schwersten zugänglichen Leistungen ... Diejenigen, die keinen formalen Zugang zum Arbeitslosengeld haben, blieben auch in Zeiten von Covid-19 ausgeschlossen.“ Insgesamt habe die Krise „akute Lücken in den Sozialschutzsystemen“ aufgezeigt.

„Zum Beispiel gehören Selbstständige zu den am meisten gefährdeten Erwerbstätigen, wenn die Rezession länger andauert, auch wegen des begrenzten Zugangs zu Sozialschutzsystemen ... Ein Problem bei den Solo-Selbstständigen und insbesondere bei den *abhängigen Selbstständigen* ist beispielsweise, dass sich viele von ihnen möglicherweise nicht für die Selbstständigkeit entschieden haben und damit auch nicht für die schlechtere soziale Absicherung, die mit dem Status der Selbstständigkeit verbunden ist. ...

Untersuchungen haben auch gezeigt, dass 73 % der Selbstständigen der Meinung sind, dass der verfügbare Sozialschutz für sie überhaupt nicht (25 %) oder nicht sehr ausreichend (48 %) ist. Dieser Prozentsatz ist bei den unfreiwillig Selbstständigen sogar noch höher: 86 % dieser Kategorie sind der Ansicht, dass ihr Sozialschutz nicht sehr angemessen und/oder nicht angemessen ist.

Außerdem zeigen die neuesten Daten und Umfragen, dass Selbstständige während der Pandemie häufiger arbeitslos wurden als Arbeitnehmer. ... Es wird interessant sein zu beobachten, ob diese Krise die politische Debatte über eine mögliche Einbeziehung einiger Kategorien von Nicht-Standard-Arbeitnehmern und Selbstständigen in die Systeme der Arbeitslosenunterstützung anregt.“

08.04.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2080443668762268>

FR Gastbeitrag • Hans-Jürgen Urban, Markus Kurth • 07.04.21

Abschied von einer Illusion

Die „Strukturschwächen der kapitalmarktbasieren Altersvorsorge“ treffend analysiert von Hans-Jürgen Urban (IG Metall) und Markus Kurth (MdB, Grüne). Sie

kritisieren auch, dass sich zentrale politische Akteure „mit souveräner Ignoranz“ über realistische Prognosen hinwegsetzen:

„Wenn die CDU die gesetzliche Rente zu einem Mischsystem aus Umlage und Kapitalanlage umbauen will, wenn die FDP jede und jeden zum Aktiensparen verpflichten möchte oder wenn die Verbraucherzentralen vorschlagen, alle Beschäftigten automatisch in einen Fonds ohne Garantien einzahlen zu lassen, dann bedeutet das im Ergebnis eine Art *Riester-Rente 2.0* mit mehr Risiko für alle. Der Versuch aber, den Schwächen des Kapitalmarktes durch immer riskantere Anlagestrategien zu entkommen, kollidiert mit dem sozialstaatlichen Sicherungsauftrag.“

[Erneut dazu der Hinweis auf: [Werden die Kosten der Alterung gerecht verteilt? – Vorteile eines stabilen Rentenniveaus und einer Erwerbstätigenversicherung](#), IMK Policy Brief Nr. 89 • Rudolf Zwiener, Florian Blank, Camille Logeay • 05.20]

31.03.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/post/2073901886083113>*ihre* **Vorsorge Rente** • *ots/sth* • 31.03.21

VdK fordert Rentenniveau von über 50 Prozent

VdK-Präsidentin Verena Bentele äußerte sich nicht nur zum Niveau sondern auch zu Grundsätzlichem:

Die positiven Zahlen der gesetzlichen Rente stünden im Gegensatz zu den Zahlen der privaten Altersvorsorge. „Die kapitalbasierte Altersvorsorge ist stark eingebrochen und hat sich als nicht krisenfest erwiesen. Es ist deshalb umso wichtiger, die gesetzliche Rente zu stärken, damit zukünftige Generationen sich auf eine sichere Altersvorsorge verlassen können.“

05.03.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2052538784886090>*ihre* **Vorsorge Rente** • Stefan Thissen • 05.03.21

Pflichtvorsorge für Selbstständige bleibt offen

Die Frage, ob die Altersvorsorgepflicht (ab 2023) tatsächlich noch in dieser Legislaturperiode angegangen werden kann, kursieren ja schon länger im politischen Berlin. – Nun teilt die Regierung auf Nachfrage mit, es könne „derzeit noch nicht mitgeteilt werden, wann die Bundesregierung einen Gesetzentwurf für eine verpflichtende Altersvorsorge für Selbstständige vorlegt“.


Die komplette Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Kerstin Giese lautet:

„Durch die Corona-Pandemie haben sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung dieses wichtigen Reformvorhabens geändert. Gleichzeitig zeigt aber gerade diese Krise, wie wichtig soziale Sicherungssysteme sind und dass wir die Lücken bei Selbstständigen schließen müssen.“

Vor diesem Hintergrund ist es politisch geboten, zu überlegen, wie die Einführung einer Altersvorsorgepflicht für Selbstständige in eine Förderung dieses Per-

sonenkreises eingebettet werden kann. Dies berücksichtigend, kann derzeit noch nicht mitgeteilt werden, wann die Bundesregierung einen Gesetzentwurf für eine verpflichtende Altersvorsorge für Selbstständige vorlegt.“

04.03.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2051953498277952>
 Antrag • 19/27212 • 03.03.21

Soziale Mindestsicherung für Gig-, Click- und Crowdworker ermöglichen und stärken


Auch die Grünen im Bundestag sehen in ihrem [Antrag](#) einen großen Regelungsbedarf für faire Plattformarbeit und wollen klare gesetzliche Vorgaben um den Status von Plattform-Erwerbstätigen rechtssicher zu klären und selbstständig Tätige Gig-, Click- und Crowdworker sozial besser abzusichern. – Im aktuellen Antrag stecken einige diskussionswürdige Punkte drin, die für alle Formen abhängiger Selbstständigkeit geregelt werden könnten und sollten.

Die Grünen fordern unter anderem ein „allgemeines Mindesthonorar als absolute Untergrenze für zeitbasierte Dienstleistungen“, eine Reform des Kartellrechts, damit kollektiv vereinbarte Mindestentgelte für Solo-Selbstständige nicht weiter als Preisabsprachen gelten, „dass die freiwillige Arbeitslosenversicherung für alle Selbstständigen zugänglich, erschwinglich und gerecht ausgestaltet wird“.

Zudem will die Bundestagsfraktion, dass das Betriebsverfassungsgesetz für Erwerbstätige auf Plattformen und arbeitnehmerähnliche Personen geöffnet und nutzbar gemacht wird und Gewerkschaften ein digitales Zugangsrecht zu den Erwerbstätigen auf Plattformen erhalten.

Generell sollen für persönlich und wirtschaftlich abhängige Selbstständige wie bei abhängig Beschäftigten Mindeststandards beim Arbeitsschutz gelten, eine wirksame AGB-Kontrolle eingeführt wird und in Sachen Statusfeststellung ein „differenzierter Katalog“ eindeutige Kriterien benennt sowie eine Beweislastumkehr beim Status eingeführt wird.

26.02.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2046929785446990>
 Magazine • Archiv: *brand eins* 2021 • frei arbeiten • Johannes Böhme • 03.21

frei arbeiten

Die aktuelle *brand eins* dreht sich im Schwerpunkt diesmal um Selbstständige. – Frei zugänglich ist derzeit beispielsweise das Interview mit Alexander Kritikos (DIW), das den vielsagenden Titel „[Zwei Millionen Sonderfälle](#)“ trägt.

Spannend ist auch die internationale Spurensuche danach, [was Selbstständige zufrieden macht](#).

24.02.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2045448415595127>



VERTRETUNG IN DEUTSCHLAND • Presse • 24.02.21

Initiative zum Schutz von Beschäftigten für Digital-Plattformen

Die EU, so die für Wettbewerb und Digitales zuständige Kommissarin Margrethe Vestager, will sicherstellen, „dass unsere europäischen Werte auch in der digitalen Wirtschaft zum Tragen kommen“ und zwar indem Plattformarbeit „nachhaltig und fair“ bleibt. – Diese aktuelle Initiative steht in dem größeren Rahmen, bei Plattformarbeit für abhängig wie selbstständig Tätigen gleichermaßen faire Bedingungen zu sichern. Hier hatte die EU-Kommission unter anderem vor zwei Wochen eine „Meinungserkundung“ beendet, die sich um Tarifverträge für Selbstständige dreht. (Siehe dazu auch den [Post vom 11.02.](#))


23.02.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2044758328997469>
 Dennis Radtke MdEP • 23.02.21

„Schluss mit Ausbeutung und unfairem Wettbewerb bei UBER und Co.!“

Für den sozialpolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament fordert: „Online-Plattformen in der EU entschlossen auf die Finger schauen.“ – Neben Fahr- und Essensdiensten kritisiert er auch Praktiken in der Paketbranche, die mit Selbstständigkeit „rein gar nichts“ zu tun hätten. Da gebe es „keinen Markt, auf dem die Leute frei agieren. Unternehmerische Risiken werden hier auf Beschäftigte abgewälzt und Sozialkassen betrogen.“

21.02.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2036083979864904>
 Veranstaltungen • 24.02.21

Digitale Learning Journey VIII:

Was gehört zum Zukunftswerkzeug der Veranstaltungsbranche?

Am 24.02. (18:00 bis 19:30 Uhr) geht's mit den Lernreisen des Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes in die Club- und Livekultur sowie zu einer Großmesse.

Drei Expert*innen geben ihre Erfahrungen und Prognosen weiter. – Fragen sind willkommen.

11.02.21

<https://www.facebook.com/Selbststaendige/posts/2034690626670906>


Einmischen • Tarifverträge • 02.21

International und kollektiv

Europäische Perspektiven

Insgesamt 309 Rückmeldungen gingen auf eine Meinungserkundung der EU ein, die sich um Tarifverträge für Selbstständige dreht. – Neben vielen Einzelmeinun-



gen gingen auch Stellungnahmen von kleineren deutschen Wirtschaftsverbänden ein, die deutlich wenig Kenntnis zum Tarif- und Wettbewerbsrecht, den Statusfragen und den Herausforderungen durch die Plattformökonomie haben.

Wir empfehlen, lieber einen Blick auf die [Stellungnahme des DGB](#) zu werfen, die in enger Zusammenarbeit mit uns entstand und wer es ausführlich und englisch mag, ist mit der [Stellungnahme der UNI Europa](#) bestens bedient, die (inklusive ver.di) für 272 nationale Gewerkschaften im Dienstleistungssektor in 50 Ländern spricht.

Hintergrund

(woi) Vieles ist schon gesagt – Kluges meist und Ineressantes. Hier meine persönlichen *best off* ...

 *IMK Policy Brief Nr. 89* • Rudolf Zwiener, Florian Blank, Camille Logeay • 05.20

Werden die Kosten der Alterung gerecht verteilt?

Vorteile eines stabilen Rentenniveaus und einer Erwerbstätigenversicherung


[...] wird diskutiert, ob und in welchem Umfang auch Gruppen in die Rentenversicherung einbezogen und damit an der Finanzierung der öffentlichen Alterssicherung beteiligt werden sollen, die bisher außen vor sind. Die Frage nach der Gerechtigkeit zwischen den Generationen wird damit ergänzt durch die Diskussion der Reformoption Erwerbstätigenversicherung, die letztlich für mehr Gerechtigkeit innerhalb der Generationen sorgen kann. [Letztlich führt diese Verschiebung des Fokus auf die Gerechtigkeit innerhalb der Generationen zu weiteren verteilungspolitischen Fragen, etwa nach der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Der Policy Brief beschränkt sich aber auf ausgewählte Probleme der Alterssicherung.]

ihre  *Vorsorge Rente* • Stefan Thissen • 11.03.19

Beitragszahler oder Steuerzahler:

Wer zahlt was im Rentensystem?

Die Deutsche Rentenversicherung sieht die Finanzierung der Grundrente als Aufgabe der Steuerzahler. Denn schon heute zahlt die Rentenversicherung nicht nur Renten und Reha-Maßnahmen, sondern auch Leistungen des sozialen Ausgleichs – zum Beispiel Mütterrenten. Diese Leistungen für die gesamte Gesellschaft sollten sachlich richtig nicht aus Beiträgen der Versicherten, sondern aus Steuern finanziert werden. Wir zeigen, wer im Rentensystem was zahlt.

 *Gesetzentwurf der Bundesregierung* • 18.03.19

Gesetzentwurf der Bundesregierung

zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum

Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige


Die Europäische Kommission legte am 13. März 2018 einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige vor. [...]

Den Mitgliedstaaten wird empfohlen sicherzustellen, dass Arbeitnehmer und Selbständige formell und tatsächlich sozial abgesichert sind, dass diese Absicherung angemessen ist und dass die Transparenz für die in den Sozialschutzsystemen geltenden Bedingungen und Vorschriften verbessert wird. [...]

Gesetzliche Handlungsverpflichtungen für Deutschland ergeben sich daraus nicht. [...]

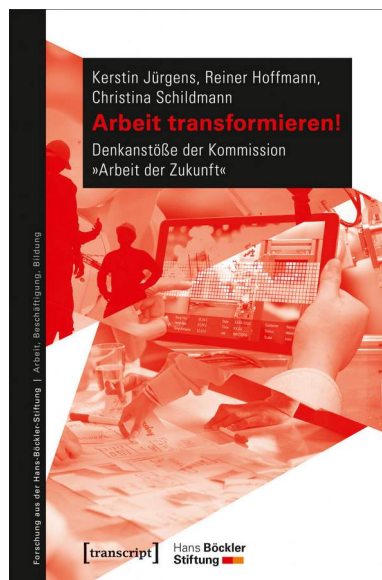
Die Bundesregierung beabsichtigt, der Ratsempfehlung zuzustimmen. [...]

(woi) Damit ist noch nichts auf welche Gleise auch immer gesetzt. Eine gewisse Sensibilität ist zu erkennen. Siehe dazu auch [Pflichtvorsorge](#).

 Kerstin Jürgens / Reiner Hoffmann / Christina Schildmann • 27.08.17

Arbeit transformieren!

Denkanstöße der Kommission »Arbeit der Zukunft«



Die Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahrzehnten fundamental verändern. Welche Kräfte wirken auf dem Arbeitsmarkt? Mit welchen Veränderungen ist zu rechnen? Und was bedeutet dies für die arbeitsmarktpolitischen Akteure? Dieser Abschlussbericht der Kommission »Arbeit der Zukunft« – mit Mitgliedern aus Wissenschaft und Praxis, Wirtschaft und Gewerkschaften – liefert eine Diagnose der aktuellen Lage und gibt einen Ausblick auf die Zukunft der Arbeit. Vor allem aber liefert die Kommission Denkanstöße dafür, wie die Gesellschaft den rasanten Wandel so meistern kann, dass Arbeit in der digitalen Ökonomie soziale Teilhabe und mehr als die bloße Existenzsicherung garantiert.

Auch erhältlich bei der [Bundeszentrale für politische Bildung](#).

 Dr. Carola Reimann MdB / Dr. Martin Rosemann MdB • 11.16

Soziale Absicherung für (Solo-)Selbstständige


Neue Zeiten in der Arbeitswelt



Die Projektgruppe *NeueZeiten – Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel* ist eine von insgesamt sechs Gruppen, die im Rahmen dieses Projekts Konzepte erarbeitet hat. Sie hat sich dazu mit verschiedenen Themen beschäftigt, u.a. mit der Frage: Wie sichern wir Menschen in neu entstehenden Formen von Erwerbstätigkeit ausreichend sozial ab?

Das vorliegende Konzeptpapier zeigt einen Weg, wie es gelingen kann, Soloselbständigen, aber auch anderen Selbständigen mit schwierigen Einkommenspositionen, eine bessere soziale Absicherung zu ermöglichen.

Unser Ziel war es, gerechte und solidarische Lösungen zu finden, die gleichzeitig aber auch die Besonderheiten selbständiger Einkommenserzielung und das Selbstverständnis der selbständig Tätigen mit berücksichtigen.

 WSI-Report Nr. 27 • Florian Blank, Camille Logeay, Erik Türk, Josef Wöss, Rudolf Zwiener • 01.16

[Alterssicherung Deutschland und Österreich: Vom Nachbarn lernen?](#)



AUF EINEN BLICK

In Deutschland und Österreich stehen gesetzliche Sozialversicherungen im Mittelpunkt der Alterssicherungssysteme. Die ursprünglichen Systeme wurden in der Vergangenheit allerdings in verschiedene Richtungen weiterentwickelt. Das Ziel der Lebensstandardsicherung im Alter ist in Deutschland in Folge von Reformen nur noch im Zusammenwirken mit Betriebs- und Privatrenten eventuell erreichbar. Österreich setzt demgegenüber nach wie vor in viel höherem Maß auf das öffentliche System und hat dieses zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut. Der Vergleich zeigt, dass das österreichische System einen deutlich besseren Schutz im Alter durch höhere Leistungen gewährleistet. Dabei sind die ökonomischen Rahmendaten in Österreich denen in Deutschland weiterhin vergleichbar – ein starkes öffentliches Rentensystem belastet also offenbar nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes.

In Deutschland und Österreich stehen gesetzliche Sozialversicherungen im Mittelpunkt der Alterssicherungssysteme. Die ursprünglichen Systeme wurden in der Vergangenheit allerdings in verschiedene Richtungen weiterentwickelt: Das Ziel der Lebensstandardsicherung im Alter ist in Deutschland in Folge von Reformen nur noch im Zusammenwirken mit Betriebs- und Privatrenten eventuell erreichbar. Österreich setzt demgegenüber nach wie vor in viel höherem Maß auf das öffentliche System und hat dieses zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut. Der Vergleich zeigt, dass das österreichische System einen deutlich besseren Schutz im Alter durch höhere Leistungen gewährleistet. Dabei sind die ökonomischen Rahmendaten in Österreich denen in Deutschland weiterhin vergleichbar – ein starkes öffentliches Rentensystem belastet also offenbar nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes.